

Fact Sheet: Der Ilisu-Staudamm

Vertreibung, Umwelt- und Kulturzerstörung am Tigris durch Hermesbürgschaften, DekaBank und Züblin ?

Mit internationaler Beteiligung plant die türkische Regierung ihr derzeit größtes Wasserkraftwerk: den Ilisu-Staudamm. Er soll den Tigris kurz vor der Grenze zu Syrien und Irak im überwiegend kurdisch bewohnten Südosten des Landes aufstauen. Sollte er gebaut werden, wären Massenumsiedlungen, Armut, Umwelt- und Kulturgüterzerstörung sowie die Verschärfung des Wasserkonflikts in Nahost die Folge. Dennoch wollen sich europäische Unternehmen, darunter die Stuttgarter Baufirma Züblin, an dem Projekt beteiligen. Die in Frankfurt ansässige DekaBank, ein Zentralinstitut der deutschen Sparkassenorganisation, trägt zur Finanzierung bei. Die Regierungen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz bewilligten Ende März 2007 Exportkreditversicherungen (Hermesbürgschaften) über ca. 450 Mio Euro.

Soziale Folgen

Auf einem Gebiet von über 300 km² sollen ca. 200 Siedlungen überflutet werden. Über 55.000 Menschen würden ihre bisherige Existenzgrundlage ganz oder teilweise verlieren. Die Maßnahmen zu ihrer Entschädigung und zur Bereitstellung neuer Einkommensmöglichkeiten sind nach wie vor unausgereift und können nicht gewährleisten, dass die Menschen einen angemessenen Lebensstandard wiedererlangen. Weltbankstandards werden, anders als von dem Konsortium und den Exportkreditagenturen zugesagt, nicht eingehalten. In der Region herrscht bereits hohe Arbeitslosigkeit, die durch die Umsiedlungen noch verstärkt würde. Die Bürgermeister der umliegenden

den Städte haben klargemacht, dass sie sich nicht in der Lage sehen, den Zuzug zehntausender Umsiedlungsoffer zu verkraften. Aufgrund der Bürgerkriegsflüchtlinge in den 80er/90er Jahren sind die Armenviertel der Städte bereits stark angewachsen.



Entwurzelung und Perspektivlosigkeit führen zu massiven psychosozialen Problemen, die sich in hohen Selbstmordraten, insbesondere unter Frauen und Mädchen, äußern.

Der politische Konflikt in der Region

Nach einigen Jahren der Waffenruhe nehmen die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der Kurdischen Arbeiterpartei PKK und dem Militär seit 2004 wieder zu. Menschenrechtsvereine dokumentieren zahlreiche Menschenrechtsverletzungen. Unter diesen Umständen ist es für die Betroffenen schwierig, sich frei zu äußern. Außerdem werden sie unzureichend über das Projekt informiert.

Ökologische Folgen

Die Aufstauung des Wassers wird zu dramatischen Änderungen der

Flusshydrologie und Biodiversität in der Region führen. Der Lebensraum verschiedener bedrohter Tierarten wird überflutet werden, der Grundwasserspiegel dammbwärts wird absinken, das Mikroklima wird sich verändern und eine Zunahme von Malaria ist zu erwarten. Die Wasserqualität wird durch die Aufstauung dramatisch sinken, was zu einem massiven Fischsterben führen kann. Der Staudamm wird gravierende Auswirkungen auf die Existenzgrundlage und die Gesundheitssituation der Bevölkerung haben.

Kulturzerstörung

Das Gebiet, auf dem der Ilisu-Stausee errichtet werden soll, beherbergt eine Vielzahl historisch bedeutsamer Stätten. Diese sollen einem Projekt mit einer Lebensdauer von 50-100 Jahren zum Opfer fallen. Zentrale Erkenntnisse über die Sesshaftwerdung der Menschheit finden sich in dieser Region. Eine Vielzahl von Kulturen, darunter Assyrer, Perser, Griechen, Römer, Abasiden, Byzantiner und Seldschuken, hinterließen ihre Spuren. Der Ilisu-Staudamm würde diese für immer auslöschen. Insbesondere die von der Überflutung bedrohte 10.000 Jahre alte Stadt Hasankeyf besitzt große Bedeutung für die lokale Bevölkerung und die Menschheit insgesamt.

Mit der Überflutung ginge zudem die einzigartige heute existierende Kulturlandschaft des Tigristals und verloren. Für die archäologischen Kulturgüter wurde zwar ein „Rettungsplan“ erstellt. Dieser ist jedoch weder so realistisch konzipiert, dass er umgesetzt werden

könnte, noch der Bedeutung der kulturellen Güter angemessen.

Geostrategische Bedeutung des Staudamms

Der Ilisu-Staudamm ist Bestandteil des GAP (Südostanatolienprojekts), in dessen Rahmen 22 Staudämme geplant sind. Jeder weitere Damm gibt der türkischen Regierung die Möglichkeit, die Wasserzufuhr der Nachbarländer, vor allem die des Iraks, zu reduzieren. In der Vergangenheit ist dies schon mehrfach vorgekommen (z.B. während des Golfkriegs 1990/01). Um diesem vorzubeugen, sind im internationalen Völkerrecht für Projekte an grenzüberschreitenden Flüssen die Prinzipien frühzeitiger Information und Konsultation von Unteranliegern verankert worden. Die Türkei weigert sich jedoch, entsprechende Konventionen zu unterzeichnen. Die Regierungen Syriens und des Irak wurden bis Herbst 2006 nicht einmal offiziell über die Planungen informiert. Abgesehen von der Möglichkeit, Wasser als Waffe einzusetzen, hat der Staudamm weitere gravierende Auswirkungen auf die Menschen in den Nachbarstaaten, da der Wasserabfluss des Tigris durch den Staudammbau auf historische Tiefstände sinken würde und die Gesundheitsgefahren durch die Verschlechterung der Wasserqualität nicht an der Grenze halt machen.

Die Kampagne

Bereits 2002 scheiterte das Projekt infolge einer breiten Kampagne einmal an den ungelösten ökologischen und sozialen Problemen.

Seit 2004 unternimmt die türkische Regierung einen neuen Projektanlauf. Doch der Widerstand

vor Ort wächst. In der Hasankeyf-Initiative haben sich über 70 Organisationen – von Gemeindevertretern über Anwalts- und Ingenieurskammern bis zu Vertriebenen- und Menschenrechtsorganisationen – zusammengeschlossen, um ihren Bedenken Gehör zu verschaffen. Sie machen deutlich, dass das Projekt auf mangelnde Akzeptanz in der Bevölkerung stößt und fordern alternative Entwicklungsmodelle für die Region.

Hauptunternehmen im neuen Konsortium:

Andritz	(Österreich)
Züblin	(Deutschland)
Alstom	(Schweiz)

Finanzierende Banken:

Société Générale	(Frankreich)
Bank Austria	(Österreich)
DekaBank	(Deutschland)
Akbank	(Türkei)
Garantibank	(Türkei)

Die Baufirma Ed Züblin sah sich daher anlässlich ihrer Aktionärsversammlung im Juli 2007 bereits mit Protesten konfrontiert. Erste Kunden der DekaBank haben ihre Geldanlagen bei dem Geldinstitut gekündigt, nachdem seine Beteiligung an dem Ilisu-Projekt bekannt wurde.

Aktueller Stand

Da das Projekt nach wie vor internationalen Standards nicht entsprach, knüpften die Exportkreditagenturen (ECAs) 150 Auflagen an ihre Bürgschaftsbewilligungen. Auch diese bringen das Projekt jedoch entgegen den Beteuerungen seiner Befürworter nicht mit internationalen (Weltbank-) Standards in Einklang und sind nicht geeignet, die grundsätzlichen Probleme des Projekts zu lösen. Im Gegenteil, sie zeigen, dass nicht einmal die grund-

legenden Informationen über die betroffenen Menschen, die Auswirkungen auf die Umwelt und die von Überflutung bedrohten Kulturgüter vorliegen. Bei den ersten Enteignungen im Saudammgebiet im Sommer 2007 wurden die Auflagen zudem komplett ignoriert und den Betroffenen völlig unzureichende Entschädigungsangebote gemacht. Im Dezember 2008 wurden weitere Enteignungen angekündigt. Ein Expertenkomitee, das im Auftrag der europäischen Regierungen die Einhaltung der Auflagen überwachen soll, bestätigte in seinen Berichten von März und August 2008, dass die Auflagen bisher überhaupt nicht erfüllt wurden. Gleichzeitig fanden bereits umfangreiche Baumaßnahmen statt, um die Baustelle vorzubereiten.

Nachdem auch eine offizielle „Umweltstörungsanzeige“ – eine Art „Blauer Brief“ – an die türkische Regierung keine ausreichenden Fortschritte bei der Auflagenerfüllung erbrachte, ordneten am 23. Dezember 2008 die Regierungen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz die Suspendierung der Lieferverträge des europäischen Konsortiums an. Dies bedeutet, dass die Bauarbeiten nun nicht wie geplant voranschreiten können. Allerdings erhält die türkische Regierung für ein weiteres halbes Jahr die Gelegenheit, die Auflagen umzusetzen. Erst nach dieser Frist werden die drei europäischen Regierungen über den endgültigen Ausstieg entscheiden. Doch eines ist klar: die beteiligten Unternehmen werden alles daran setzen, in dem Projekt zu verbleiben und eine Aufhebung der Vertragssuspendierung zu erreichen.

Weitere Informationen:

www.stopilisu.com
heike.drillisch@gegenstroemung.org

(12.01.2009)